

Die Neugeburt des Sachverständs

Der Zuwanderungsrat wurde 2004 abgeschafft. Jetzt betreiben die Migrationswissenschaftler unabhängige Politikberatung

Für Otto Schily war der Zuwanderungsrat ein Eigentor. Im Frühling 2003 hatte er das Expertengremium als Bundesinnenminister selbst mit ins Leben gerufen. Die Debatte über das Zuwanderungsgesetz gestaltete sich damals sehr zäh, der Rat sollte in einem jährlichen Bericht sachliche Informationen liefern und abschätzen, wie sich die Migration in Deutschland entwickeln würde. Im Herbst 2004 lag das erste Jahresgutachten vor. Schilys säuerliche Miene bei der Vorstellung verriet deutlich, dass das Gremium in seinen Augen über das Ziel hinausgeschossen war. Besonders übel stieß ihm der Vorschlag auf, in Zeiten von über vier Millionen Arbeitslosen 25000 ausländische Fachkräfte ins Land zu holen. Nach nicht einmal zwei Jahren wurde der Zuwanderungsrat Ende 2004 wieder abgeschafft.

Nun hat sich ein neuer Rat für Integration und Migration gegründet, finanziert von acht großen deutschen Stiftungen. Den Vorsitz übernimmt wie schon im Zuwanderungsrat der Migrationsforscher Klaus Bade. Im Bundesinnenministerium könnte die Nachricht einige Unruhe stiften, auch wenn Bade beteuert, die Gründung sei "ein Angebot, keine Kampfansage".

Im neuen Migrationsrat hat sich mehr verändert, als sich auf den ersten Blick vermuten lässt. Anders als beim letzten

Mal sitzen keine Interessenvertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Rat, ebenso wenig Politiker. Für die Arbeit des Gremiums bedeutet das vor allem, dass sie wissenschaftlich bleibt und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft.

Die größte Stärke des Sachverständigenrates liegt aber darin, dass zwischen ihm und die Politik ein mächtiges Zwischenglied geschaltet ist die Zivilgesellschaft. Zwar muss sich das Innenministerium vom neunköpfigen Gremium unter Bades Vorsitz nicht vorschreiben lassen, wie es seine Migrationspolitik zu gestalten hat. Wenn der Rat aber neue Daten über den Stand der Integration veröffentlicht, kann das eine gesellschaftliche Diskussion auslösen. Der Druck auf die Politik könnte letztendlich größer werden als beim Vorgängergremium.

Dass der Zuwanderungsrat im Jahr 2004 mit seiner Forderung gar nicht so falsch lag, zeigt ein Blick auf den aktuellen Arbeitsmarkt. Der damals prophezeite Fachkräftemangel hat nicht nur in der Biotechnologiebranche bedrohliche Ausmaße angenommen. Unter diesen Voraussetzungen dürften die geplanten Stellungnahmen des Sachverständigenrates für das Innenministerium eher unangenehm ausfallen. "Es gibt Nachholbedarf", so lautet Bades nüchternes Ur-

teil über die aktuelle Migrationspolitik; Anstrengungen wie die Islamkonferenz begrüßt er daher ausdrücklich. Längst überfällig sei aber zum Beispiel, einmal gründlicher zu untersuchen, weshalb hoch qualifizierte Deutsche ins Ausland abwanderten besonders, weil diese Gründe wohl auch ausländische Spitzenkräfte davon abhielten, nach Deutschland zu kommen.

Ob es im Herbst 2004 das richtige Signal gewesen wäre, 25000 ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen, sei dahingestellt. Richtig ist allerdings, dass bei den Verhandlungen über das Zuwanderungsgesetz in den Monaten zuvor wichtige Punkte unter den Tisch fielen. Der neuen Bundesregierung kam das gelegen. Im vergangenen Jahr gestaltete sie den rechtlichen Rahmen für Zuwanderung noch restriktiver als zuvor. Es ist also fraglich, ob das Innenministerium unter Wolfgang Schäuble auf Bades "Angebot" zurückkommen wird. Eines ist jedoch klar: Abschaffen lassen wird sich der neue Rat nicht so schnell.